

# Merz zu Wirtschaftsbericht:

Diese massiven Kursverluste hätten nicht nur Auswirkungen auf die Eigenkapitalausstattung der deutschen Unternehmen.

## Altersvorsorge gefährdet

Vielmehr werde durch diese Entwicklung auch die Altersvorsorge der Menschen „massiv beschädigt“.

Der Wirtschafts- und Finanzexperte sagte weiter, dass die Bundesregierung den Herausforde-

rungen des 21. Jahrhunderts ratlos gegenüberstehe.

Hinter der SPD-internen Diskussion über Änderungen beim Kündigungsschutz verberge sich eine „tief greifende Meinungsverschiedenheit“ bei den Sozialdemokraten über die künftige Sozial- und Wirtschaftspolitik.

## Neues Arbeitsrecht

Friedrich Merz sprach sich erneut für eine Umgestaltung des Kün-

digungsrechts aus. Nach den Plänen der Union soll einerseits der



Barrieren beseitigt werden. Konkret schlug Merz ein Options-

Schutz für langjährig Beschäftigte gesichert werden, andererseits sollen für Arbeitgeber, die einstellen wollen,

modell für alle Neueinstellungen vor. Danach soll der Arbeitnehmer zwischen dem bisherigen Kündigungsschutz oder einer vom Gesetzgeber festgelegten Abfindung wählen können. Ferner müsse die Betriebsverfassung so geändert werden, dass in den Betrieben „bei fortbestehenden Flächentarifverträgen“ eigenständige Regelungen vereinbart werden können, wenn alle Beteiligten in den Unternehmen dies wollten.

## UNIONHILFSWERK INFORMIERT:

# Vorsorge für den Betreuungsfall

Niemand wünscht es sich. Doch jeder kann in die Situation geraten, ein „Betreuungsfall“

zu werden. In einer praxisnahen und verständlichen Darstellung bietet das Unionhilfswerk Informationen zu dieser Problematik. In der Broschüre „Vorsorgen für den Betreuungsfall“ – zusammengestellt von Horst Hinz, Mitarbeiter in einer

Betreuungsbehörde – wird, auch anhand von Beispielen, über konkrete Fragen aufgeklärt.

Übersichtlich gegliedert und mit orientierenden Kurzhinweisen an den Seitenrändern

liefert die Schrift eine gute Basisinformation für ein persönliches Beratungsgespräch. Dieses empfiehlt das Unionhilfswerk, da die Vorsorgeproblematik nicht einfach mit einem Formular geregelt werden sollte, in dem möglicherweise konkrete Spezifika der/ des Betroffenen gar nicht berücksichtigt worden sind.

Weitere Information und Bestellung:  
UHW Landesgeschäftsstelle,  
Telefon: 4 22 65-710.



Vorsorgen für den Betreuungsfall

## VIDEOÜBERWACHUNG AUF U- UND S-BAHNHÖFEN

Für die Ausweitung der Videoüberwachung auf alle S- und U-Bahnhöfe in Reinickendorf spricht sich die Reinickendorfer CDU-Fraktion aus. Mir dieser Empfehlung soll sich das Bezirksamt an die S-Bahn Berlin GmbH und die BVG wenden. „Wir versprechen und nicht nur eine Verbesserung des subjektiven Sicherheitsempfindens der Fahrgäste sondern auch reell einen Rückgang von Bedrohungssituationen auf Bahnhöfen“, so Jörn Jakob Schultze-Berndt, Fraktionsvorsitzender der



Reinickendorfer CDU. Der bisherige Einsatz der Videoüberwachung in Bahnhöfen zeige die Effektivität und Berechtigung dieser Technik zur Abschreckung von Tätern bzw. zur schnellen Reaktionsmöglichkeit im Notfall, so der CDU-Politiker.

## POCKEN-VIREN

# Ist Berlin akut gefährdet?

Hält der irakische Diktator Saddam Hussein gefährliche mikrobiologische Kampfstoffe, z.B. Pocken-Viren, bereit, um damit die freie Welt zu terrorisieren? Diese Frage stellt sich spätestens seit der vergangenen Woche, seit in zwei großen Berliner Tageszeitungen Bilder von erschreckenden Szenarien nach einem Pocken-Viren-Angriff veröffentlicht wurden.

Frank Henkel, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, warnt vor Panikmache. Dennoch wirft er der rot-grünen Bundesregierung vor, mit der Angst der Menschen zu spielen. Henkel: „Wenn zwei Bundesminister nach bekannt werden eines geheimen Vermerks aus dem Bundesgesundheitsministerium über die potentielle Gefahr ei-

nes Angriffs mit Pocken-Viren nicht für Klärung sorgen können, dann ist Verunsicherung und



Angst die Folge.“ Die Minister Schmidt und Schily seien in der Pflicht, hier sehr rasch für eine Beruhigung der Menschen zu sorgen. Bereits Ende Januar in der Sitzung des Innenausschusses des Berliner Abgeordnetenhauses habe Henkel

## Gewinner

Hessen und Niedersachsen

Die SPD wollte in Hessen über einen Krieg im Irak abstimmen. In Niedersachsen wollten sie zunächst gegen Kanzler Schröder dann gegen den Hessen Koch die Wahl gewinnen. Die Wähler haben sich nicht täuschen lassen und den wirtschaftlichen Aufschwung für ihre Länder gewählt.

## Verlierer

Uneingeschränkte Solidarität

Nach dem 11. September hat sich der Bundeskanzler damit in die Herzen der US-Amerikaner geredet. Berlin und Washington reden heute nicht mehr mit-, sondern übereinander. Schröder geht jetzt seinen Deutschen Weg. Welche Worthülse mit welchen Folgen für die Deutschen kommt als nächstes?

Nein zu

## Innenstadt-Maut

Andere Zeiten, andere Maßnahmen. Die Höchstgeschwindigkeit wird von 15 auf 30 km/h heraufgesetzt. Um Staus zu verhindern funktionierte das vor 80 Jahren. Heute sind die Maßnahmen weniger angenehm. Mit dem Auto in die Innenstadt kostet Geld. Wie in Skandinavien oder Singapur. Seit kurzem auch in London. Werktags von 7 Uhr bis 18.30 Uhr kostet umgerechnet knapp acht Euro. Für Deutschland und Berlin lehnt die Union solche Modelle ab. Die Staus konzentrie-

ren sich auf die Peripherie der Ballungsräume. Regelmäßige staubedingte durchschnittliche Fahrgeschwindigkeiten von 15 km/h gehören nicht zum Alltag unserer Innenstädte.

Wir haben in den Städten andere Probleme: Ladenleerstand, Abwanderung, Verödung, Graffiti und Verwahrlosung brauchen unterschiedene politische Maßnahmen. Eine Autofahrermaut wäre finanz- und städtebaupolitisch das falsche Signal, meint die Union. (dr)